

ANNA BIZER

Persönlichkeitsrechts- verletzung in sozialen Medien

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

480

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

480

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Holger Fleischer, Ralf Michaels und Reinhard Zimmermann



Anna Bizer

Persönlichkeitsrechtsverletzung in sozialen Medien

Fragen des anwendbaren Rechts

Mohr Siebeck

Anna Bizer, geboren 1991; Studium der Rechtswissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Universität Pompeu Fabra, Barcelona (Spanien); 2016 Erste juristische Prüfung; 2016–2019 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Freiburg; 2020 Master of Law (LL.M.), University of Cambridge (UK); 2021 Promotion (Freiburg); seit 2021 Rechtsreferendariat am Landgericht Frankfurt am Main.
orcid.org/0000-0002-8329-0001

ISBN 978-3-16-161457-6 / eISBN 978-3-16-161458-3

DOI 10.1628/978-3-16-161458-3

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg im Wintersemester 2021/22 als Dissertation angenommen. Das Rigorosum fand am 8. November 2021 statt. Literatur und Rechtsprechung konnten bis einschließlich Dezember 2021 berücksichtigt werden. Die in der Arbeit aufgeführten Internetseiten wurden zuletzt am 5. Januar 2022 besucht.

Dieses Projekt wäre nicht möglich gewesen, hätte ich nicht von vielen Seiten Unterstützung erfahren. Bei diesen Menschen möchte ich mich herzlich bedanken.

Mein Dank gebührt zuvörderst meinem Doktorvater, Prof. Dr. Jan von Hein, der mir in den vielen Jahren an seinem Lehrstuhl einen spannenden Einblick in die Rechtswissenschaft ermöglicht und mich während dieser Zeit auf vielen Wegen gefördert und unterstützt hat. Er hat diese Arbeit von der Themenfindung bis zur Fertigstellung begleitet und mit seinen weiterführenden Anregungen geprägt. Hilfreich war für mich insbesondere, dass er mich bei seiner Arbeit für die *International Law Association* zu grenzüberschreitenden Persönlichkeitsrechtsverletzungen eingebunden hat.

Prof. Dr. Maximilian Haedicke, LL.M. bin ich sehr dankbar für die außerordentlich schnelle Erstellung des Zweitgutachtens und die damit verbundenen wohlwollenden Worte.

Bei Prof. Dr. Johannes Masing möchte ich mich besonders dafür bedanken, mir während meines Jahres bei ihm am Lehrstuhl den grundlegenden verfassungsrechtlichen Blick auf das Spannungsverhältnis von Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsschutz eröffnet zu haben.

Den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, Prof. Dr. Ralf Michaels, LL.M., Prof. Dr. Dr. h.c. Holger Fleischer, LL.M. und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Zimmermann, danke ich für die freundliche Aufnahme in diese Schriftenreihe. Außerdem möchte ich mich herzlich dafür bedanken, dass mir im Rahmen eines Forschungsaufenthalts am MPI und zu Zeiten schwer zugänglicher öffentlicher Bibliotheken die Nutzung des schier unerschöpflichen Literaturfundus in Hamburg ermöglicht wurde.

Dem Verlag Mohr Siebeck, insbesondere Frau Dr. Julia Caroline Scherpe-Blessing, LL.M., danke ich für die unkomplizierte und angenehme Zusammenarbeit. Herrn Dr. Christian Eckl bin ich dankbar für die freundliche redaktionelle Betreuung der Veröffentlichung.

Für die finanzielle und ideelle Unterstützung meiner Promotionszeit bin ich der Studienstiftung des deutschen Volkes sehr dankbar. Das Stipendium hat mir Freiraum und Flexibilität gegeben und mir einen Blick über den Tellerrand der eigenen Disziplin hinaus ermöglicht.

Mein Dank gilt auch der Studienstiftung *ius vivum* und der Wissenschaftlichen Gesellschaft Freiburg im Breisgau für die Gewährung eines jeweils großzügigen Druckkostenzuschusses.

Herzlich bedanken möchte ich mich bei all meinen Wegbegleiter:innen, die mich mit Rückmeldung und Anregungen zu meinen Überlegungen unterstützt haben. Ein besonderer Dank gilt insoweit Alven Broschart für die gründliche Durchsicht des Vertragsrechtskapitels sowie Robin Leick, LL.M. und Dr. Vincent Winkler für ihre hilfreichen Anmerkungen zum Datenschutzrechtskapitel. Für die Unterstützung auch noch auf den letzten Metern bei der Überprüfung der Druckfahnen danke ich Leonie Reiser, Paul Oesterle, Sinah Mosbach, Sophie Fink, meinen Geschwistern Pauline und Moritz sowie meinem Vater.

Außerdem möchte ich mich bei allen Kolleg:innen in Freiburg bedanken, die die Promotionszeit mit angeregten Diskussionen bereichert haben. Auch Christel Hiesel bin ich dankbar für ihre Unterstützung und ihre Verlässlichkeit.

Meinen Freund:innen und meiner Familie danke ich von Herzen für die vielfältige Unterstützung und dafür, dass sie die Jahre der Promotion zu einer so schönen Zeit gemacht haben. Herzlich bedanken möchte ich mich auch beim Per Tutti Orchester e.V. für die beständige freundschaftlich-musikalische Begleitung.

Mein größter Dank gilt meinen Eltern, Andrea und Peter Bizer, denen diese Arbeit auch gewidmet ist. Meinem Vater danke ich besonders für die vielen Stunden des aufmerksamen und unermüdlichen Korrekturlesens eines jeden Satzes dieser Arbeit und für die hilfreichen sprachlichen Anregungen. Meine Eltern haben mir nicht nur die Neugier auf knifflige Fragestellungen und die Freude am Durchdringen komplexer Themen mit auf den Weg gegeben, sondern mich auch in jeder Phase der Promotion begleitet. Für ihr beständiges Interesse am Inhalt, das gelegentliche Appellieren an mein Durchhaltevermögen und die uneingeschränkte liebevolle Unterstützung zu jeder Zeit bin ich ihnen unendlich dankbar.

Frankfurt, 3. März 2022

Anna Bizer

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXII
Einleitung.....	1
Kapitel 1: Einführung	8
<i>A. Untersuchungsgegenstand.....</i>	<i>8</i>
<i>B. Leitlinien bei der Entwicklung einer Kollisionsnorm für Persönlichkeitsrechtsverletzungen</i>	<i>17</i>
<i>C. Überblick über das materielle Recht</i>	<i>20</i>
<i>D. Gang der Untersuchung.....</i>	<i>37</i>
Kapitel 2: Vertragsstatut	39
<i>A. Der Plattformvertrag</i>	<i>40</i>
<i>B. Verträge zwischen Nutzern.....</i>	<i>93</i>
<i>C. Die Qualifikation von Ansprüchen aus §§ 280, 241 Abs. 2 BGB</i>	<i>98</i>
<i>D. Internationale Zuständigkeit.....</i>	<i>119</i>
<i>E. Zusammenfassung Vertragsrecht.....</i>	<i>120</i>
Kapitel 3: Allgemeines Deliktsstatut	122
<i>A. Überblick über die Kollisionsnormen für Persönlichkeitsrechtsverletzungen</i>	<i>122</i>
<i>B. Die lex loci delicti commissi.....</i>	<i>147</i>
<i>C. Der gemeinsame gewöhnliche Aufenthalt.....</i>	<i>255</i>
<i>D. Ausweichklausel und akzessorische Anknüpfung.....</i>	<i>262</i>
<i>E. Die Rechtswahl im Deliktsrecht</i>	<i>292</i>
<i>F. Internationale Zuständigkeit</i>	<i>297</i>
<i>G. Zusammenfassung Deliktsrecht.....</i>	<i>305</i>

Kapitel 4: Datenschutzrechtsstatut	307
A. Sachlicher Anwendungsbereich der DSGVO	308
B. Entwicklung des räumlichen Anwendungsbereichs der Datenschutzrichtlinie	317
C. Art. 3 DSGVO als einseitige Kollisionsnorm	320
D. Subsidiäre deliktsrechtliche Kollisionsnormen	349
E. Die Zukunft des internationalen Datenschutzrechts	370
F. Internationale Zuständigkeit	373
G. Zusammenfassung Datenschutzrecht	375
Kapitel 5: Schranken der Verweisung	378
A. Das Herkunftslandprinzip des § 3 TMG	378
B. Ordre public	390
Kapitel 6: Schlussbetrachtungen	397
A. Ergebnisse	397
B. Koordination der Bereiche	401
C. Ausblick	403
Literaturverzeichnis	405
Sachregister	435

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXII
Einleitung.....	1
Kapitel 1: Einführung	8
A. <i>Untersuchungsgegenstand</i>	8
I. „Persönlichkeitsrechtsverletzungen“	8
II. „Soziale Medien“	10
1. Begriffsbestimmung.....	10
2. Typische Eigenschaften von sozialen Medien	12
3. Kontrollierbarkeit der Verbreitung.....	12
III. Beteiligtenverhältnisse	14
1. Urheber und Plattformbetreiber.....	14
2. Urheber und Betroffener	15
3. Opfer und Plattformbetreiber	17
B. <i>Leitlinien bei der Entwicklung einer Kollisionsnorm für Persönlichkeitsrechtsverletzungen</i>	17
C. <i>Überblick über das materielle Recht</i>	20
I. Deutsches Recht	20
1. Schutzzumfang	21
2. Ansprüche des Geschädigten.....	22
3. Haftungsumfang	25
4. Ansprüche des sich Äußernden	27
II. Europäisches Datenschutzrecht.....	27
III. Rechtsvergleichender Überblick.....	32

<i>D. Gang der Untersuchung</i>	37
Kapitel 2: Vertragsstatut	39
<i>A. Der Plattformvertrag</i>	40
I. Sachlicher Anwendungsbereich der Rom I-VO.....	40
1. Freiwilligkeit	41
2. Verpflichtungen der Parteien	41
a) Pflichten des Betreibers der Plattform	42
b) Pflichten des Nutzers der Plattform	43
3. Rechtliche Bindung.....	45
a) Allgemeine Darstellung	45
b) Angebote mit Registrierung.....	46
c) Angebote ohne Registrierung oder mit Registrierung unter Pseudonym.....	47
4. Zwischenergebnis	49
II. Der Verbrauchervertrag im Sinne des Art. 6 Rom I-VO	49
1. Der persönliche Anwendungsbereich	50
a) Erkennbarkeit	51
b) Arbeitnehmer	52
c) Schutzbedürftigkeit.....	54
d) Quantitative Kriterien.....	55
e) Gemischte Vertragszwecke.....	55
aa) Problemfall 1: Der Beruf als Teil der Persönlichkeit.....	57
bb) Problemfall 2: Influencer	58
(1) Beschreibung.....	58
(2) Kennzeichnungspflicht von Werbung.....	60
(3) Anwendung auf Art. 6 Rom I-VO	61
(4) Maßgebliche Abgrenzungskriterien	62
(5) Fazit	65
cc) Problemfall 3: Faktischer Zweckwandel im Dauerschuldverhältnis	65
(1) Internationale Zuständigkeit	66
(2) Anwendbares Recht.....	69
dd) Zusammenfassung	71
f) Eigener Alternativvorschlag.....	72
aa) Unterschiedliche Benutzerkonten in sozialen Medien.....	73
bb) Lösungsmöglichkeiten	74
2. Räumlich-situativer Anwendungsbereich	76
III. Rechtswahl.....	78
1. Rechtswahl in Plattformverträgen	78

2. Rechtswahl in Verbraucherverträgen	79
3. Rechtswahl in AGB	81
a) <i>VKI ./ Amazon 2016</i>	81
b) Auswirkung der Entscheidung in sozialen Medien	82
c) Fazit	84
IV. Objektive Anknüpfung.....	85
1. Verbrauchervertrag, Art. 6 Abs. 2 Rom I-VO	85
2. Allgemein, Art. 4 Rom I-VO.....	85
a) Dienstleistungsvertrag, Art. 4 Abs. 1 lit. b Rom I-VO	86
aa) Dienstleistung	87
bb) Entgeltlichkeit.....	90
cc) Zwischenergebnis.....	91
b) Allgemeine Grundanknüpfung, Art. 4 Abs. 2 Rom I-VO.....	91
c) Ausweichklausel, Abs. 4 Abs. 3 Rom I-VO.....	92
d) Ergebnis	93
<i>B. Verträge zwischen Nutzern</i>	93
I. Rechtswahl durch ausdrückliche Klausel in den Plattform-AGB.....	94
II. Akzessorische Anknüpfung an den Plattformvertrag	95
1. Ansichten.....	95
2. Stellungnahme	96
<i>C. Die Qualifikation von Ansprüchen aus §§ 280, 241 Abs. 2 BGB</i>	98
I. Vertragliche Ansprüche im Sinne des Rom I-VO.....	99
1. Rechtsprechung des EuGH.....	99
2. <i>Wikingehof ./ Booking.com 2020</i>	101
3. Die Verpflichtung als Kernfrage	102
4. Abweichende Auslegung zum Schutz einer schwächeren Vertragspartei?	105
5. Zwischenergebnis	106
II. Die Qualifikation konkreter Schutzpflichten.....	107
1. Ansprüche gegen verletzende Bewertungen	108
2. Ansprüche auf Wiederherstellung	110
a) Darstellung der Rechtslage in Deutschland.....	111
b) Qualifikation	115
aa) Der Wiederherstellungsanspruch als vertraglicher Anspruch.....	115
bb) Der Wiederherstellungsanspruch als deliktischer Anspruch.....	116
c) Fazit	118
III. Zusammenfassung.....	118

<i>D. Internationale Zuständigkeit</i>	119
<i>E. Zusammenfassung Vertragsrecht</i>	120
Kapitel 3: Allgemeines Deliktsstatut	122
<i>A. Überblick über die Kollisionsnormen für Persönlichkeitsrechtsverletzungen</i>	122
I. Kollisionsnormen des europäischen internationalen Deliktsrechts	122
1. Qualifikation als Persönlichkeitsrechtsverletzung	123
2. Die Bereichsausnahme des Art. 1 Abs. 2 lit. g Rom II-VO.....	123
a) Begriff	124
b) Abgrenzung von Art. 6 und 8 Rom II-VO	126
c) Unternehmenspersönlichkeitsrecht	128
d) Datenschutzrecht	130
aa) Wortlaut	131
bb) Art. 30 Abs. 2 Rom II-VO.....	131
cc) Inhaltliche Überschneidungen	132
dd) Gesetzgebungsgeschichte.....	133
ee) Rechtsprechung des EuGH	134
ff) Systematische Auslegung	134
gg) Fazit.....	135
3. Reformbestrebungen	135
4. Darstellung des Anknüpfungssystems	138
II. Kollisionsnormen des deutschen internationalen Deliktsrechts	139
1. Umfang des Deliktsstatuts.....	139
2. Qualifikationsfragen	140
3. Darstellung des Anknüpfungssystems	142
III. Internationale Aspekte.....	143
1. Rechtsvergleichender Überblick	143
2. Modellgesetze	144
a) Vorschlag des Institut de Droit International	144
b) Vorschlag der International Law Association	145
IV. Zusammenfassung und weiteres Vorgehen.....	146
<i>B. Die lex loci delicti commissi</i>	147
I. Der Handlungsort einer Persönlichkeitsrechtsverletzung	149
1. Rechtsprechung zum europäischen Recht	149
a) <i>Shevill</i> 1995.....	149
b) <i>eDate</i> 2011 und <i>Bolagsupplysningen</i> 2017	150
2. Rechtsprechung zum nationalen Recht.....	150

3. Relevante Handlung.....	151
4. Bestimmung des Handlungsorts	153
a) Allgemein.....	153
b) Nutzer	155
aa) Unternehmen	155
bb) Natürliche Personen	156
(1) Vermutung zugunsten des gewöhnlichen Aufenthalts.....	156
(2) Missbrauchsgefahr	157
(3) Zufällige Handlungsorte.....	158
(4) Zwischenergebnis.....	159
c) Betreiber.....	159
d) Unterlassungsansprüche	160
5. Der Handlungsort als Anknüpfungsmoment.....	161
a) Ansichten	161
b) Bewertung einer Handlungsortsanknüpfung	162
6. Ergebnis.....	167
II. Die Bestimmung des Erfolgsorts	167
1. Der Erfolg einer Persönlichkeitsrechtsverletzung.....	168
a) Existenz des Erfolgsorts	168
b) Die Bekanntheit des Verletzten	169
c) Tatsächlicher Erfolgsort	171
d) Zwischenergebnis.....	173
2. Das Bedürfnis einer Begrenzung	173
3. Das geltende europäische Recht.....	175
a) <i>Shevill</i> 1995.....	175
b) <i>eDate</i> 2011	176
c) <i>Bolagsupplysningen</i> 2017	177
d) <i>Glawischnig-Piesczek</i> 2019	179
e) <i>Mittelbayerischer Verlag</i> 2021	180
f) <i>Gtflix Tv</i> 2021	181
g) Fortführung und offene Fragen.....	182
aa) Die Zukunft von <i>Shevill</i>	182
bb) Bestimmung des Interessenmittelpunkts.....	183
cc) Begründung der Zuständigkeit am Interessenmittelpunkt	185
h) Zusammenfassung	185
4. Das geltende nationale Recht	186
a) <i>Profil</i> 1977	186
b) <i>New York Times</i> 2010.....	187
c) <i>Sieben Tage in Moskau</i> 2011	188
d) Fortführung	189
e) Anwendung und offene Fragen.....	191
aa) Divergenz zwischen BGH und EuGH.....	191
bb) Anzahl der Erfolgsorte	192

f) Zusammenfassung.....	193
5. Beschränkung des Umfangs – Mosaikbetrachtung	194
a) Mosaikbetrachtung für klassische Pressedelikte.....	194
b) Die Mosaikbetrachtung und das Internet	197
c) Die EuGH-Entscheidungen zur räumlichen Reichweite von Löschungsansprüchen	202
d) Dogmatische Übersetzung der EuGH-Entscheidungen	204
e) Stellungnahme.....	205
aa) Tauglichkeit vorhandener technischer Möglichkeiten	206
bb) Völkerrechtliche Grenzen des IPR	208
cc) Entscheidung im Einzelfall.....	211
dd) Koordination mit dem Datenschutzrecht	212
ee) Vereinbarkeit mit sonstigem EU-Recht	213
ff) Vollstreckungsprobleme.....	215
gg) Grundrechtsabwägung.....	217
hh) Fazit und Zusammenfassung	217
6. Beschränkung der Anzahl	218
a) Der abstrakte Ansatz.....	219
aa) Anwendung auf natürliche Personen.....	219
bb) Die Begründung	220
cc) Die Kritik	222
dd) Der Interessenmittelpunkt einer juristischen Person	224
ee) Stellungnahme	226
b) Ausrichtung der Veröffentlichung	228
aa) Die Begründung	229
bb) Die Kritik.....	229
cc) Stellungnahme	231
c) Der konkrete Ansatz	232
aa) Darstellung	233
bb) Die Begründung	234
cc) Kritik.....	235
dd) Stellungnahme	236
d) Der Vorhersehbarkeitsvorbehalt	237
aa) Darstellung	237
bb) Die Begründung	238
cc) Die Kritik	239
dd) Stellungnahme	239
e) Ergebnis	243
7. Zusammenfassung.....	244
III. Wahlrecht der geschädigten Person	244
IV. Eigener Vorschlag.....	247
1. Zu Absatz 1.....	248
a) Kriterien	248

b) Vorverhalten der geschädigten Person.....	249
2. Zu Absatz 2.....	252
3. Zu Absatz 3.....	253
4. Übertragbarkeit.....	254
V. Zusammenfassung.....	254
<i>C. Der gemeinsame gewöhnliche Aufenthalt.....</i>	<i>255</i>
I. Ablehnende Meinungen.....	256
II. Stellungnahme.....	257
1. Praktische Erwägungen.....	257
2. Der gemeinsame gewöhnliche Aufenthalt im System der Rom II-VO.....	257
a) Die Ausnahmen der Rom II-VO.....	258
b) Vergleich mit Persönlichkeitsrechtsverletzungen.....	259
c) Fazit.....	261
<i>D. Ausweichklausel und akzessorische Anknüpfung.....</i>	<i>262</i>
I. Die Ausweichklausel allgemein.....	262
II. Die akzessorische Anknüpfung.....	264
1. Ziele der akzessorischen Anknüpfung.....	265
2. Darstellung des geltenden Rechts.....	266
a) Das Verhältnis der akzessorischen Anknüpfung zur allgemeinen Ausweichklausel.....	267
b) Der Zusammenhang zwischen Delikt und bestehendem Rechtsverhältnis.....	269
c) Tatsächliche Verhältnisse.....	270
aa) Art. 41 Abs. 1 Nr. 1 EGBGB.....	270
bb) Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO.....	272
cc) Zwischenergebnis.....	274
d) Akzessorische Anknüpfung und Verbraucherverträge in Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO.....	274
aa) Zulässigkeit der akzessorischen Anknüpfung.....	275
(1) Ablehnende Meinungen.....	275
(2) Zustimmungde Meinungen.....	276
(3) Stellungnahme.....	277
(4) Bedeutung des Ermessens.....	279
bb) Rechtsfolge.....	280
(1) Anwendung des gewählten Rechts (Art. 6 Abs. 2 Rom I-VO).....	280
(2) Anwendung des Rechts am gewöhnlichen Aufenthalt des Verbrauchers (Art. 6 Abs. 1 Rom I-VO).....	280
(3) Vermeidung eines „Rechtsmixes“.....	281

(4) Günstigkeitsvergleich	282
(5) Stellungnahme	282
cc) Akzessorische Anknüpfung bei objektiver Anknüpfung des Vertragsstatuts	284
dd) Zwischenergebnis	285
e) Zusammenfassung zur geltenden Rechtslage	286
3. Anwendung auf soziale Medien	286
a) Das Verhältnis zwischen Plattformbetreiber und Nutzer	286
b) Das Verhältnis zwischen vertraglich verbundenen Nutzern	288
c) Sonstige Verhältnisse zwischen Nutzern	289
d) Akzessorische Anknüpfung bei reinen Plattformfällen	290
4. Ergebnis	291
 E. Die Rechtswahl im Deliktsrecht	292
I. Darstellung der geltenden Rechtslage	293
II. Ausschluss der Rechtswahl im System der Rom II-VO	294
1. Art. 6 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 3 Rom II-VO	294
2. Übertragung auf Persönlichkeitsrechtsverletzungen?	296
3. Fazit	297
 F. Internationale Zuständigkeit	297
I. Status quo	297
II. Reformbedarf	299
III. Koordination von anwendbarem Recht und internationaler Zuständigkeit	300
1. Vorteile der unmittelbaren Anwendung der <i>lex fori</i>	301
2. Nachteile und Bedenken	302
3. Stellungnahme	303
 G. Zusammenfassung Deliktsrecht	305
 Kapitel 4: Datenschutzrechtsstatut	307
A. Sachlicher Anwendungsbereich der DSGVO	308
I. Personenbezogene Daten	308
II. Verarbeitung personenbezogener Daten	310
III. Haushaltsausnahme	311
1. Lösungsvorschläge der Literatur	313
2. Stellungnahme	315

<i>B. Entwicklung des räumlichen Anwendungsbereichs der Datenschutzrichtlinie</i>	317
I. <i>Google Spain</i> 2014	318
II. <i>Weltimmo</i> 2015.....	319
III. <i>VKI ./ Amazon</i> 2016	319
IV. <i>Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein</i> 2018.....	320
V. Zusammenfassung.....	320
<i>C. Art. 3 DSGVO als einseitige Kollisionsnorm</i>	320
I. Inhaltliche Darstellung.....	321
1. Niederlassungsprinzip (Art. 3 Abs. 1 DSGVO).....	321
2. Marktortprinzip (Art. 3 Abs. 2 DSGVO).....	323
a) Art. 3 Abs. 2 lit. a DSGVO.....	324
b) Art. 3 Abs. 2 lit. b DSGVO	328
c) Folgen	330
d) Konvention Nr. 108 des Europarats.....	331
3. Bedeutung des Art. 44 DSGVO	332
II. Bedeutung des Art. 3 DSGVO für das IPR	333
III. Verhältnis des Art. 3 DSGVO zu anderen Kollisionsnormen.....	335
1. Vorrang des Datenschutzrechts	335
2. Datenschutznormen als Eingriffsnormen.....	337
3. Parteiautonomie	339
IV. Die territoriale Reichweite datenschutzrechtlicher Ansprüche.....	342
1. <i>Google LLC ./ CNIL</i> 2019.....	342
2. Bewertung in der Literatur	343
3. Stellungnahme	346
V. Ergebnis	348
<i>D. Subsidiäre deliktsrechtliche Kollisionsnormen</i>	349
I. Datenschutzrecht als spezielles Deliktsrecht	350
II. Ermittlung des anwendbaren Datenschutzrechts außerhalb der DSGVO	351
1. Verallseitigung.....	351
2. Anwendung des Art. 4 Rom II-VO.....	353
a) Existenz eines Erfolgsorts.....	353
b) Mosaikbetrachtung.....	353
c) Schwerpunktbetrachtung	354
d) Fazit	355
III. Ergänzendes Schuldrecht.....	356
IV. Ergänzendes mitgliedstaatliches Datenschutzrecht.....	358
1. Ansichten.....	359

2. Stellungnahme	361
3. Einzelne Öffnungsklauseln	362
a) Beschäftigtendatenschutz	362
b) Einwilligung Minderjähriger	362
c) „Recht der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt“	364
aa) Allgemeine Stellungnahme	365
bb) Das Medienprivileg im Besonderen	366
V. Zusammenfassung	369
<i>E. Die Zukunft des internationalen Datenschutzrechts</i>	370
<i>F. Internationale Zuständigkeit</i>	373
<i>G. Zusammenfassung Datenschutzrecht</i>	375
Kapitel 5: Schranken der Verweisung	378
<i>A. Das Herkunftslandprinzip des § 3 TMG</i>	378
I. Die Bedeutung für das IPR	378
II. Das Herkunftslandprinzip <i>de lege lata</i>	379
1. Anwendungsbereich	380
a) Erfasste Rechtsbereiche	380
b) Persönlicher Anwendungsbereich	381
aa) Anbieter von Telemedien, §§ 1 Abs. 1 S. 1, 2 Nr. 1 TMG ...	381
bb) Geschäftsmäßigkeit, § 3 Abs. 1 und 2 TMG	383
2. Ausnahmetatbestände	384
3. Zusammenfassende Bestandsaufnahme	385
III. Kritik am Herkunftslandprinzip	385
1. Fehlende Mindestharmonisierung	386
2. Keine Technologieneutralität	386
3. Zweifelhafte Differenzierungen	387
4. Tatsächlicher Vorteil?	388
IV. Abschließende Stellungnahme	388
<i>B. Ordre public</i>	390
I. Rechtsquellen	391
II. Bedeutung des <i>ordre public</i> -Vorbehalts für Persönlichkeitsrechtsverletzungen	393
1. BGH 2018	394
2. Leitlinien	395

III. Zusammenfassung.....	396
Kapitel 6: Schlussbetrachtungen.....	397
<i>A. Ergebnisse</i>	397
<i>B. Koordination der Bereiche</i>	401
<i>C. Ausblick</i>	403
Literaturverzeichnis.....	405
Sachregister.....	435

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
a.M.	am Main
Abs.	Absatz
AC	Appeal Cases (Entscheidungen des House of Lords)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEDIPr	Anuario Español de Derecho Internacional Privado
AEPD	Agencia Española de Protección de Datos
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfP	Archiv für Presserecht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AllgPersönlR	Allgemeines Persönlichkeitsrecht
AmJCompL	American Journal of Comparative Law
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BB	Betriebs-Berater
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckRS	Beck-Online Rechtsprechung
Begr.	Begründer
BerGesVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKartA	Bundeskartellamt
Brüssel I-VO	VO (EG) Nr. 44/2001 v. 22.12.2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
Brüssel Ia-VO	VO (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich

bzw.	beziehungsweise
CDE	Cahiers de Droit Européen
CDT	Cuadernos de Derecho Transnacional
CML Rev	Common Market Law Review
CNIL	Commission nationale de l'informatique et des libertés
CR	Computer und Recht
D.	Recueil Dalloz
d.h.	das heißt
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DSG	Datenschutzgesetz (Österreich)
DSGVO	Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG
Datenschutz-RL	Datenschutz-Richtlinie Richtlinie 95/46/EG zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr
DStR	Deutsches Steuerrecht
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
E	Entwurf
ebd.	ebenda
ECLI	European Case Law Identifier
eCommerce-RL /	Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr, RL
ECRL	2000/31/EG
Ed.	Edition
EDPL	European Data Protection Law Review
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EJPLT	European Journal of Privacy Law & Technologies
EL	Ergänzungslieferung
ELR	Entertainment Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
entspr.	entsprechend
ePrivacy-RL	Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation
ErwGr.	Erwägungsgrund
et al.	und andere
EU	Europäische Union
EuCML	Journal of European Consumer and Market Law
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuInsVO	Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren
EuR	Zeitschrift Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

EWCA Civ	England and Wales Court of Appeal (Civil Division)
EWHC	High Court of England and Wales
EWIR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f., ff.	folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
GDPR	General Data Protection Regulation <i>siehe</i> DSGVO
gem.	gemäß
GewArch	Gewerbearchiv
GG	Grundgesetz
GLJ	German Law Journal
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GRCh	EU-Grundrechte-Charta
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GS	Gedenkschrift
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Hastings Sci. & Tech.	Hastings Science and Technology Law Journal
L. J.	
HCA	High Court of Australia
HPresseG	Hessisches Pressegesetz
Hrsg.	Herausgeber
i.E.	im Ergebnis
i.V.m.	in Verbindung mit
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
IDI	Institut de Droit international
IDPL	International Data Privacy Law
ILA	International Law Association
insb.	insbesondere
Int J Data Sci Anal	International Journal of Data Science and Analytics
Int Rev Law Comput Tech	International Review of Law Computers & Technology
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz vom 15. Juni 1978 über das internationale Privatrecht (Österreich)
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
J.	Judge
J. of Media Law	Journal of Media Law
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl	Juristische Blätter
jM	juris, Die Monatszeitschrift
JPIL	Journal of Private International Law
jurisPR-ITR	juris PraxisReport IT-Recht

jurisPR-IWR	juris PraxisReport Internationales Wirtschaftsrecht
jurisPR-WettbR	juris PraxisReport Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht
JZ	Juristenzeitung
K&R	Kommunikation und Recht
Kap.	Kapitel
Klausel-RL	Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen
KG	Kammergericht Berlin
krit.	kritisch
KUG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie
LG	Landgericht
lit.	littera/Buchstabe
Lit.	Literatur
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möhring
LPresseG BW	Landespressegesetz Baden-Württemberg
LQR	Law Quarterly Review
LR	Lloyd's Register
LugÜ	Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MMR	Multimedia und Recht
MR	medien und recht
MStV	Medienstaatsvertrag
MwStR	Mehrwertsteuerrecht
NetzDG	Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz)
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechung-Report
No.	Number
Nr.	Nummer
NSWSC	Supreme Court of New South Wales
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWB	Neue Wirtschaftsbriefe für Steuer- und Wirtschaftsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
OR	Obligationenrecht
OVG	Oberverwaltungsgericht
QB	Queen's Bench Division
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdC	Recueil des cours de l'Académie de droit international de La Haye
RDV	Recht der Datenverarbeitung

REDI	Revista española de Derecho internacional
Rev. crit. DIP	Revue Critique de Droit International Privé
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Riv. dir. int. priv. proc.	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer(n)
Rom I-VO	VO (EG) Nr. 593/2008 v. 17.6.2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom II-VO	VO (EG) Nr. 864/2007 v. 11.7.2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rs.	Rechtssache
RStV	Rundfunkstaatsvertrag
S.	Satz
SCC	Supreme Court of Canada
Sec.	Section(s)
sog.	sogenannt/sogenannte/sogenanntes
St.Rspr.	Ständige Rechtsprechung
Stan. J. Int'l. L.	Stanford Journal of International Law
SYbIL	Spanish Yearbook of International Law
SZIER/RSDIE	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
TKG	Telekommunikationsgesetz
TMG	Telemediengesetz
TTDSG	Gesetz zur Regelung des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei Telemedien
Tul. J. Int'l & Comp. L.	Tulane Journal of International and Comparative Law
u.a.	und andere / unter anderem
U.S.	United States Supreme Court Reports
UAbs.	Unterabsatz
UFITA	Archiv für Medienrecht und Medienwissenschaft
UKHL	House of Lords
ULD	Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz
Univ. Pa. Law Rev.	University of Pennsylvania Law Review
US/USA	United States (of America) / Vereinigte Staaten (von Amerika)
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	von / van
Var.	Variante
Verbraucherrechte-RL	Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche

VKI	Verein für Konsumenteninformation
VO	Verordnung
VuR	Verbraucher und Recht
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
YbPIL	Yearbook of Private International Law
z.B.	zum Beispiel
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZD-Aktuell	Zeitschrift für Datenschutz – Newsdienst
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfDR	Zeitschrift für Digitalisierung und Recht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht, Rechtsprechungsdienst
zust.	zustimmend/zustimmende/zustimmender
ZVertriebsR	Zeitschrift für Vertriebsrecht
ZVgIRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP Int.	Zeitschrift für Zivilprozess International

Einleitung

Facebook, Twitter, YouTube und zahlreiche weitere sogenannte soziale Netzwerke haben unsere Art, miteinander zu kommunizieren, grundlegend verändert. Soziale Medien ermöglichen es jedem Menschen, sowohl vom heimischen Schreibtisch als auch von jedem beliebigen Ort der Welt aus Fotos, Videos, Informationen, Meinungen oder sonstige Inhalte zu veröffentlichen und damit in Sekundenschnelle ein großes Publikum ungeachtet aller Landesgrenzen mit seiner Botschaft zu erreichen. Die sonst gewohnte Flüchtigkeit einer mündlichen Äußerung, wie sie „offline“ typischerweise erlebt wird, ist auf sozialen Netzwerken nicht gegeben. Stattdessen wird der fragliche Inhalt perpetuiert. Damit kann dieser auch ganz unabhängig von den ursprünglichen Absichten des Urhebers konserviert und beliebig vervielfältigt werden, indem er beispielsweise kopiert, in Form eines Screenshots festgehalten oder auf sonstige Weise offline abgespeichert und womöglich digital weitergegeben wird. Für die außergewöhnlich große Reichweite einer solchen Veröffentlichung sorgen insbesondere die spezifischen Verbreitungsmechanismen in sozialen Medien: Durch Möglichkeiten wie das „Teilen“ eines Inhalts, das direkte Kommentieren, das Verlinken oder „Taggen“ weiterer Personen kann die Veröffentlichung schnell einer breiten Masse zugänglich gemacht werden. Die Kontrolle über einen einmal veröffentlichten Inhalt kann der veröffentlichenden Person dadurch leicht entgleiten. Zwar mögen die allermeisten solcher Äußerungen völlig harmlos und unproblematisch sein. Sollten auf diesem Wege jedoch die Persönlichkeitsrechte einer anderen Person verletzt werden, beispielsweise indem sie in ihrer persönlichen Ehre angegriffen wird oder entgegen ihrem Willen Informationen über sie preisgegeben werden, bedeuten diese Kommunikationsmechanismen sozialer Medien, dass sich diese Beeinträchtigung als dauerhaft und beständig und deshalb auch als besonders schwerwiegend gestalten kann. Aus diesem Grund erweist es sich für den Betroffenen in solchen Fällen häufig als zielführend, gegen den Betreiber der Plattform rechtlich vorzugehen, der dann gezielt identische, wortgleiche oder gar sinngleiche Veröffentlichungen identifizieren und sperren kann. Dieser Weg ist auch gerade dann sinnvoll, wenn Veröffentlichungen anonym getätigt werden oder eine große Zahl an Schädigern gegeben ist.

Prägend für Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Medien ist, dass es sich aufgrund der grundsätzlich unbegrenzten weltweiten Abrufbarkeit automatisch um grenzüberschreitende Fälle handelt. Die betroffene Person ist

daher zwangsläufig mit der Frage konfrontiert, nach welchem Recht sich die Zulässigkeit einer beeinträchtigenden Veröffentlichung bestimmt, und somit gegebenenfalls mit der Notwendigkeit der Ermittlung fremden Rechts. Dabei weisen die nationalen Rechtsordnungen wesentliche Unterschiede sowohl bei der Abwägung von Meinungs- und Pressefreiheit auf der einen und Persönlichkeitsschutz auf der anderen Seite als auch bei den an eine derartige Verletzung geknüpften Rechtsfolgen auf. Der Frage nach dem anwendbaren Sachrecht kommt deshalb entscheidende Bedeutung zu. Aufgrund dieser hohen praktischen Relevanz möchte diese Arbeit der aufgeworfenen Problematik umfassend nachgehen.

Die Gestaltung einer deliktsrechtlichen Kollisionsnorm für Persönlichkeitsrechtsverletzungen erweist sich jedoch als recht herausfordernd, wie nicht zuletzt an deren gescheiterten Harmonisierung auf europäischer Ebene zu erkennen ist.¹ Eine zentrale Schwierigkeit ergibt sich daraus, dass alle Beteiligten in grundrechtlich geschützten Positionen betroffen sind. Es gilt also nicht nur jenes Recht zu ermitteln, zu dem die engste Verbindung besteht,² und dabei insbesondere auf die Vorhersehbarkeit zu achten,³ sondern auch Meinungs- und Pressefreiheit mit den Persönlichkeitsrechten bereits auf kollisionsrechtlicher Ebene schonend miteinander in Ausgleich zu bringen.⁴ Dabei sind die Kommunikationsfreiheiten und ihre Grenzen ein Themenkomplex, der tief mit dem kulturellen Selbstverständnis einer Gesellschaft verwoben ist. Hinzu kommt, dass das Persönlichkeitsrecht als Rechtsgut geografisch nicht klar zu verorten ist, weil es schon *per definitionem* nicht greifbar ist. Gerade durch das Internet und dessen weltweite Abrufbarkeit ist dieses Problem für das IPR noch deutlich verschärft worden.

Gleichwohl ist das Internet kein *per se* losgelöster Raum, sondern weist eine Vielzahl an räumlich lokalisierbaren Bezügen auf. Zwar gibt es Fälle, die sich vom Anlass über die anschließende gegebenenfalls verletzende Veröffentlichung bis hin zu den Schädigungsfolgen vollständig im virtuellen Raum abspielen. Im Regelfall existiert jedoch eine Vielzahl an Verbindungen zu der konkreten Welt jenseits des Internets. Diese können beispielsweise darin bestehen, dass sich die Beteiligten bereits persönlich kennen, ihre Beziehung an einem realen Ort verankert ist, sie einen gemeinsamen Bekanntenkreis haben und dass sie soziale Medien lediglich als Kommunikationskanal nutzen. Eine Veröffentlichung kann aber auch durch ein konkretes, lokalisierbares Ereignis veranlasst sein oder sich inhaltlich mit einem Thema befassen,

¹ Art. 1 Abs. 2 lit. g Rom II-VO.

² v. Hein, in: MüKoBGB, 8. Aufl. 2020, Einl. IPR, Rn. 29; zum EU-IPR ebd., Rn. 32.

³ Kegel/Schurig, Internationales Privatrecht, 9. Aufl. 2004, S. 139, 143; Kropholler, Internationales Privatrecht, 6. Aufl. 2006, § 4 IV.

⁴ BVerfG, Beschluss vom 04.05.1971 – 1 BvR 636/68, BVerfGE 31, 58 = NJW 1971, 1509 (1510 f.).

das mit einem bestimmten Staat eng verknüpft ist. Soweit die betroffene Person nicht anonym im Internet agiert, führt eine Persönlichkeitsrechtsverletzung in sozialen Medien zudem regelmäßig zu Auswirkungen in deren Lebensalltag. Diese beispielhaft herausgegriffenen Aspekte zeigen, dass das Internet das Kollisionsrecht zwar vor Herausforderungen stellt und Grenzüberschreitungen hier deutlich häufiger vorkommen. Im Regelfall weisen die Sachverhalte jedoch eine Vielzahl an Verbindungen zu verschiedenen Staaten auf, die für eine kollisionsrechtliche Anknüpfung fruchtbar gemacht werden können.

Die Frage, welches Recht auf eine grenzüberschreitende Persönlichkeitsrechtsverletzung Anwendung finden soll, beschäftigt Wissenschaft und Rechtsprechung bereits seit Langem und hat zu verschiedenen Lösungsansätzen geführt. Während sich die Diskussion zunächst auf Delikte, begangen durch Presse- oder Rundfunkunternehmen, fokussierte,⁵ erforderte die zunehmende Bedeutung des Internets eine Neubetrachtung.⁶ Zuletzt hat die Möglichkeit des Geoblockings,⁷ womit jede Ländergrenze im Internet virtuell imitiert und die Abrufbarkeit so geografisch eingeschränkt werden kann, ein neues Licht auf die Thematik geworfen.⁸ Eine klare Linie lässt sich aber nicht feststellen, was sich auch im geltenden Recht äußert. Dieses zeichnet sich durch eine nur teilweise vollzogene Vereinheitlichung der tangierten Rechtsbereiche auf europäischer Ebene aus: Während das Kollisionsrecht der Persönlichkeitsrechtsverletzungen weiter den Mitgliedstaaten der EU überlassen bleibt (Art. 1 Abs. 2 lit. g Rom II-VO), vereinheitlicht Art. 7 Nr. 2 Brüssel Ia-VO dagegen die Frage der internationalen Zuständigkeit bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen. Sollte der Beklagte aber seinen Wohnsitz nicht in einem

⁵ EuGH, Urteil vom 07.03.1995 – C-68/93, ECLI:EU:C:1995:61, *Fiona Shevill u.a. ./ Presse Alliance SA*; BGH, Urteil vom 03.05.1977 – VI ZR 24/75, NJW 1977, 1590 – *profil*. Aus der Literatur siehe z.B. *Fricke*, Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im IPR, 2003; *Schwiegel-Klein*, Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch Massenmedien im Internationalen Privatrecht, 1983; *R. Wagner*, Das deutsche internationale Privatrecht bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen, 1986.

⁶ EuGH, Urteil vom 25.10.2011 – C-509/09 u.a., ECLI:EU:C:2011:685, *eDate Advertising GmbH ./ X u.a.*; BGH, Urteil vom 29.03.2011 – VI ZR 111/10, NJW 2011, 2059 – *Sieben Tage in Moskau*; Urteil vom 02.03.2010 – VI ZR 23/09, BGHZ 184, 313 = NJW 2010, 1752, Rn. 17 – *New York Times*. Aus der Literatur, z.B. v. *Hinden*, Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet, 1999; *Lütcke*, Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet, 1999; *I. Roth*, Die internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet, 2007.

⁷ Dazu unten S. 12 f.

⁸ EuGH, Urteil vom 03.10.2019 – C-18/18, ECLI:EU:C:2019:821, *Eva Glawischnig-Piesczek ./ Facebook Ireland Ltd*; Urteil vom 24.09.2019 – C-507/17, ECLI:EU:C:2019:772, *Google LLC ./ CNIL*; *Dregelies*, Territoriale Reichweite von Unterlassungsansprüchen, 2020.

Mitgliedstaat der EU haben (Art. 6 Brüssel Ia-VO), gilt das autonome Recht, in Deutschland also § 32 ZPO. Auch wenn alle tangierten Normen letztlich auf das Tatortprinzip rekurrieren und somit den Handlungs- und Erfolgsort einer Persönlichkeitsrechtsverletzung als entscheidende Anknüpfungsmomente herausgreifen, besteht keine Einheitlichkeit. Denn der EuGH und der BGH bestimmen den Erfolgsort nach unterschiedlichen Kriterien.⁹ Das nach autonomem Kollisionsrecht ermittelte anwendbare Recht – in Deutschland nach den Art. 40–42 EGBGB – wird wiederum vom Herkunftslandprinzip des Art. 3 eCommerce-RL überlagert, wonach die Anbieter von Telemediendiensten bei Vorliegen der Voraussetzungen keinem strengeren Recht als jenem in ihrem Niederlassungsstaat unterliegen dürfen. Außerdem zeichnet sich eine faktische kollisionsrechtliche Wirkung auch für Persönlichkeitsrechtsverletzungen in den jüngsten Plänen der EU-Kommission ab, wonach – aufbauend auf der Rechtsprechung des EuGH¹⁰ – gerichtliche Anordnungen der Anbieter digitaler Dienste zum Vorgehen gegen illegale Inhalte in ihrer räumlichen Reichweite auf das „unbedingt erforderliche Maß“ begrenzt sein sollen.¹¹ Schließlich bestehen auch im Datenschutzrecht Unklarheiten, da die Fragen des anwendbaren Rechts in der DSGVO nur unvollständig geregelt wurden.¹²

Diese Arbeit möchte den bisherigen Diskurs in Rechtsprechung und Fachliteratur aufgreifen und analysieren und dabei bislang zu wenig beachtete Aspekte hervorheben. Hierfür soll die Perspektive gezielt erweitert werden. Zu diesem Zweck werden soziale Medien als Kommunikationskanal in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt. Denn dadurch wird der Kreis jener Personen, die in der Rolle des Schädigers oder des Geschädigten sein können, erweitert und der Blick so auf neue Gesichtspunkte gelenkt. Hiervon ausgehend wurde in dieser Arbeit daher eine breitere Betrachtungsweise gewählt, die auch vertragliche und datenschutzrechtliche Aspekte miteinbezieht. Bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Medien treffen die hier behandelten Rechtsbereiche – internationales Vertragsrecht, Deliktsrecht und Datenschutzrecht – zwangsläufig aufeinander und ergänzen sich funktional. Zu untersuchen ist daher, inwiefern eine Koordination dieser Bereiche möglich und nötig ist und wo ihr Grenzen gesetzt sind. Kollisionsrechtlich zu prüfen ist dabei insbesondere, wie sich das sich hier häufig ergebende Dreipersonen-

⁹ Dazu unter S. 175–194.

¹⁰ EuGH, Urteil vom 03.10.2019 – C-18/18, ECLI:EU:C:2019:821, *Eva Glawischnig-Piesczek ./. Facebook Ireland Ltd*; Urteil vom 24.09.2019 – C-507/17, ECLI:EU:C:2019:772, *Google LLC ./. CNIL*. Dazu unter S. 194–218 und S. 342–348.

¹¹ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG, 15.12.2020, COM(2020) 825 final, Art. 8 Abs. 2 lit. b.

¹² Dazu unter 349–370.

verhältnis auswirkt, das zwischen dem veröffentlichenden Nutzer, dem Opfer und dem Plattformbetreiber besteht.

Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Medien können Anlass dafür geben zu hinterfragen, ob das geltende Kollisionsrecht den Interessen und Erwartungen der potentiell Beteiligten einer Persönlichkeitsrechtsverletzung hinreichend gerecht wird. Denn faktisch haben soziale Medien die gewohnten Machtverhältnisse aufgehoben, die einer Persönlichkeitsrechtsverletzung im medialen Raum bislang typischerweise zugrunde lagen. So hat man bei Pressefällen, die den Diskurs um die kollisionsrechtliche Behandlung der Persönlichkeitsrechtsverletzungen auch in Form von Internetdelikten lange bestimmten, doch sofort das Bild eines mächtigen und wohlhabenden Presseunternehmens vor Augen, das private Informationen über eine Einzelperson preisgibt oder ihre Reputation nachhaltig schädigt. Pressefälle implizieren zum einen ein Machtgefälle und die daraus resultierende besondere Schutzbedürftigkeit des Geschädigten als Einzelperson und zum anderen ein professionell-wirtschaftliches Agieren des Schädigers, der mit dem beruflichen Risiko vertraut ist und von dem eine gewisse Sorgfaltspflicht und Rechtskenntnis erwartet werden kann. Durch soziale Medien hingegen kann jede und jeder potentiell gleichermaßen schädigen oder geschädigt werden, sodass die daraus entstehenden Konstellationen mannigfaltig sind. Insbesondere kann eine natürliche Person, die allein zu privaten Zwecken Inhalte veröffentlicht, andere zu privaten Zwecken Handelnde, aber auch Prominente oder Unternehmen in ihren Persönlichkeitsrechten verletzen. So lässt sich beispielhaft für die Beeinträchtigungen, die Nutzer sozialer Medien anderen natürlichen Personen zufügen können, ein Fall vor dem LG Würzburg anführen: Damals verbreiteten mehrere Nutzer der Plattform *Facebook* ein Foto des aus Syrien geflüchteten *Anas Modamani* gemeinsam mit der damaligen Bundeskanzlerin *Angela Merkel* in dem Netzwerk, wobei der Betroffene anlasslos und völlig zu Unrecht als „Terrorist“ bezeichnet und für den Anschlag am Breitscheidplatz in Berlin im Jahr 2016 verantwortlich gemacht wurde.¹³ Andererseits können etwa negative Nutzerkommentare auch empfindliche Schäden bei Wirtschaftsunternehmen auslösen wie im Falle der estnischen *Bolagsupplysningen OÜ*.¹⁴ Es braucht aber keineswegs eine Vielzahl an Nutzern, um in sozialen Medien eine Persönlichkeitsrechtsverletzung zu verursachen. So kann es auch schon genügen, dass sich eine Nutzerin in einer Veröffentlichung abfällig über einen ehemaligen Klassenkameraden äußert, den sie auf einem Klassentreffen wiedergesehen hat.¹⁵ Oder die Persönlichkeits-

¹³ LG Würzburg, Urteil vom 07.03.2017 – 11 O 2338/16 UVR, ZUM 2017, 437.

¹⁴ EuGH, Urteil vom 17.10.2017 – C-194/16, ECLI:EU:C:2017:766, *Bolagsupplysningen u.a. / Svensk Handel AB*.

¹⁵ BGH, Urteil vom 29.03.2011 – VI ZR 111/10, NJW 2011, 2059 – *Sieben Tage in Moskau*.

rechtsverletzung kann sich auch in einem vertraglichen Kontext abspielen; so beispielsweise, wenn ein Vertragspartner auf einer Vermittlungsplattform wie *Ebay* oder *Airbnb* nach der Vertragsabwicklung seinem Vertragspartner eine als unangemessen empfundene negative Bewertung hinterlässt.

Diese Breite an Fallkonstellationen führt dazu, dass die Erwartungen und Interessen, die im Kollisionsrecht berücksichtigt werden müssen, anders gelagert sind als bei typischen Pressefällen. Eine Sensibilität für das grenzüberschreitende Element und die damit einhergehende Konsequenz, dass fremdes Recht zur Anwendung berufen sein könnte, kann zwar bei Presseunternehmen aufgrund ihrer Professionalität vorausgesetzt werden. Bei Personen, die in ihrem privaten Alltag soziale Medien nutzen, ist dieses Bewusstsein aber gewiss nicht in gleichem Maße vorhanden. Wer als Privatperson in sozialen Medien etwas veröffentlicht, wird die Grenzen des Sagbaren intuitiv am ehesten an jener Rechtsordnung ausrichten, in welcher er selbst sozialisiert ist. Gleichzeitig wiederum dürfte es aber auch jedem noch so unbedarften Internetnutzer bekannt sein, dass die veröffentlichten Inhalte auch jenseits staatlicher Grenzen abrufbar sind. Zu prüfen ist also, inwiefern die Erwartung, an den individuell vertrauten rechtlichen Maßstäben gemessen zu werden, berechtigt ist oder ob das dem Kommunikationsmittel innewohnende Risiko die Anwendung eines anderen Rechts rechtfertigen kann. Auf der anderen Seite steht der Geschädigte, der ebenfalls von seinem rechtlichen Umfeld geprägt ist und seine Erwartungen an die rechtliche Behandlung einer beeinträchtigenden Veröffentlichung gleichermaßen am ehesten hieran ausrichten wird. Diese widerstreitenden Interessen müssen miteinander in Einklang gebracht werden im Wege einer Kollisionsnorm, die für beide Seiten Vorhersehbarkeit schafft. Auf Seiten der Betreiber sozialer Medien besteht wiederum andererseits ein wirtschaftliches Interesse, alle Rechtsstreitigkeiten so weit wie möglich einer einzelnen Rechtsordnung unterwerfen zu können. Dies gilt sowohl im Verhältnis zu den eigenen Nutzern als auch gegenüber Dritten, die sich von einer Nutzerveröffentlichung auf der Plattform verletzt sehen und nun den Betreiber rechtlich in Anspruch nehmen. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass Veröffentlichungen Teil des öffentlichen Diskurses sind. Neben den unmittelbar Beteiligten tangiert der Komplex der Persönlichkeitsrechtsverletzungen daher indirekt auch öffentliche Interessen. Die Entscheidung, dass etwas nicht veröffentlicht werden darf oder durfte, ist eben zugleich auch die Entscheidung, dass ein Inhalt nicht von Dritten zur Kenntnis genommen werden kann. Die Informationsfreiheit Dritter ist in der Folge somit auch berührt und muss bei der Entwicklung einer Kollisionsnorm bedacht werden.

Das Ziel dieser Arbeit ist es also, die Ermittlung des auf eine Persönlichkeitsrechtsverletzung anwendbaren Rechts unter Berücksichtigung des Vertrags-, Delikts- und Datenschutzrechts *de lege lata* herauszuarbeiten, dieses an den Besonderheiten dieser Form der Kommunikation auf seine Funktionalität und Angemessenheit hin zu messen und vor dem Hintergrund der Kom-

plexität dieses Rechtsbereichs gezielte und sinnvolle Weiterentwicklungsmöglichkeiten *de lege ferenda* aufzuzeigen, die eine höhere Rechtssicherheit und Rechtsklarheit in diesem Bereich schaffen und die Interessen und Erwartungen der Beteiligten in einen angemessenen Ausgleich bringen können.

Kapitel 1

Einführung

Im Rahmen dieser Einführung sollen die Grundlagen für die nachfolgenden Untersuchungen gelegt werden. Zu diesem Zweck werden zunächst der Untersuchungsgegenstand – Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Medien – sowie die sich daraus ergebenden Beteiligtenverhältnisse näher umrissen (A.). Sodann folgt eine Darstellung der Ziele und Funktionen des IPR allgemein sowie deren Bedeutung für Persönlichkeitsrechtsverletzungen (B.). Zur Einbettung in die sachrechtliche Ausgestaltung des Persönlichkeitsschutzes und zur Unterstreichung der Relevanz des Kollisionsrechts in diesem Bereich wird ein knapper Überblick über das materielle Recht gegeben (C.). Schließlich soll der Gang der Arbeit skizziert werden (D.).

A. Untersuchungsgegenstand

Zunächst wird im folgenden Abschnitt dargestellt und eingegrenzt, womit sich diese Arbeit befasst. Dabei wird zuerst der Begriff der Persönlichkeitsrechtsverletzung umrissen (I.). Sodann soll näher bestimmt werden, was im Sinne dieser Arbeit unter „Sozialen Medien“ zu verstehen ist und welche Besonderheiten mit dieser Nutzungsform des Internets gerade im Blick auf Persönlichkeitsrechtsverletzungen einhergehen (II.). Schließlich sollen die Verhältnisse zwischen den beteiligten Akteuren – der betroffenen Person, dem ursprünglichen Schädiger und dem Plattformbetreiber – einschließlich ihrer prägenden und modifizierenden Aspekte dargestellt werden (III.).

I. „Persönlichkeitsrechtsverletzungen“

Das Verständnis von Persönlichkeitsrechtsverletzung, das dieser Arbeit zugrunde liegt, ist ein verhältnismäßig weites. Geschuldet ist dies zunächst dem Bedürfnis des IPR, einen relativ offenen Begriff zu wählen, weil alle nationalen materiell-rechtlichen Varianten erfasst sein müssen.¹ Dementsprechend beschränkt sich der Begriff mit Blick auf die geschützten Rechtssubjekte hier nicht auf natürliche Personen, sondern umfasst auch juristische Personen,

¹ Siehe dazu eingehend Schlussanträge Generalanwalt Bobek, 13.07.2017, C-194/16, ECLI:EU:C:2017:554, *Bolagsupplysningen OÜ and Ingrid Ilsjan J. Svensk Handel AB*, Rn. 53 ff.

Unternehmen und sonstige Vereinigungen. Außerdem soll Ausgangspunkt dieser Arbeit der Lebenssachverhalt sein. Umfasst sind daher all jene Rechtsbereiche, über die eine betroffene Person gegen unliebsame Äußerungen oder Veröffentlichungen in sozialen Medien vorgehen kann. Dazu gehören neben dem Deliktsrecht auch das Vertrags- und das Datenschutzrecht.

Inhaltlich setzt sich der Persönlichkeitsschutz aus verschiedenen Einzelaspekten zusammen, die im Wesentlichen die Persönlichkeit eines Menschen ausmachen und prägen. Zentral ist hierbei das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstdarstellung.² Wenn Nutzer sozialer Medien durch eine Veröffentlichung die Persönlichkeitsrechte einer anderen Person verletzt, betrifft das vorrangig die persönliche Ehre und die Reputation,³ das Recht am eigenen Bild,⁴ den Namen⁵ oder das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.⁶ Zentral für diese Arbeit sind also Persönlichkeitsrechtsverletzungen als *Kommunikationskonflikte*. Keine besondere Betrachtung im Rahmen dieser Arbeit erfahren dagegen Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch Kommunikationsformen, die einer Kenntnisaufnahme durch Dritte nicht bedürfen, wie das Verschicken von persönlichen Nachrichten oder E-Mails. Stattdessen liegt der Schwerpunkt auf mehrseitigen Sachverhalten, bei denen die Besonderheiten von sozialen Medien zum Tragen kommen, was erst durch die Kenntnisaufnahme durch Dritte gegeben ist.

„Persönlichkeitsrechte“ kommen nicht als kollisionsrechtlicher Systembegriff im nationalen IPR vor, wohl aber im europäischen IPR im Ausnahmetatbestand des Art. 1 Abs. 2 lit. g Rom II-VO. Das dafür maßgebliche Verständnis⁷ ist jedoch ein Produkt der Regelungssystematik und des Gesamtzusammenhangs und daher zu spezifisch, um dieser Arbeit zugrunde gelegt werden zu können.

Funktional betrachtet kann eine von einer Persönlichkeitsrechtsverletzung betroffene Person häufig über das *Datenschutzrecht* dieselben Ziele erreichen

² Gersdorf, in: BeckOK InfoMedienR, 34. Ed., 01.05.2021, EMRK Art. 8, Rn. 18 ff.

³ Z.B. EGMR, Urteil vom 19.03.2019 – 43624/14, *Høiness ./. Norwegen*, NJW 2020, 2093, Rn. 64; Urteil vom 21.02.2017 – 20996/10, *Rubio Dosamantes ./. Spanien*, Rn. 26; Urteil vom 26.11.2015 – 3690/10, *Annen ./. Deutschland*, NJW 2016, 1867, Rn. 54; Urteil vom 09.04.2009 – 28070/06, *A. ./. Norwegen*, Rn. 64. Der Schutzbereich des Art. 8 EMRK ist jedoch nur dann eröffnet, wenn der Angriff auf den guten Ruf eine gewisse Schwere erreicht hat.

⁴ Z.B. EGMR, Urteil vom 07.02.2012 – 40660/08 und 60641/08, *von Hannover ./. Deutschland Nr. 2*, NJW 2012, 1053, Rn. 95 ff.; Urteil vom 24.06.2004 – 59320/00, *von Hannover ./. Deutschland*, NJW 2004, 2647, Rn. 50 ff.

⁵ Z.B. EGMR, Urteil vom 21.10.2008 – 37483/02, *Güzel Erdagöz ./. Türkei*, NJOZ 2010, 509, Rn. 43; Urteil vom 22.02.1994 – 16213/90, *Burghartz ./. Schweiz*, Rn. 24.

⁶ Z.B. EGMR, Urteil vom 30.01.2020 – 50001/12, *Breyer ./. Deutschland*, NJW 2021, 999, Rn. 75; Urteil vom 27.06.2017 – 9311/13, *Satakunnan Markki napörssi Oy und Sata-media Oy ./. Finland*, Rn. 136 f.

⁷ Siehe unten S. 123–135.

wie über den traditionellen deliktsrechtlichen Persönlichkeitsschutz.⁸ Im Datenschutzrecht kommen dabei insbesondere Ansprüche auf Schadensersatz (Art. 82 DSGVO) und auf Löschung (Art. 17 DSGVO) in Betracht. Faktisch ergänzen sich hier also Datenschutz und Persönlichkeitsschutz. Diese Ansprüche können sich insbesondere gegen die Betreiber sozialer Medien, aber auch gegen andere Nutzer richten, sofern die angegriffenen Handlungen als Verarbeitung personenbezogener Daten in den sachlichen Anwendungsbereich des Art. 2 DSGVO fallen.⁹ Eine Datenverarbeitung durch einen Nutzer liegt beispielsweise dann vor, wenn dieser ein Bild auf der Plattform veröffentlicht, in welchem andere Personen abgebildet sind. Eine deutlich größere Bedeutung hat aber der Umgang der Betreiber sozialer Medien mit den personenbezogenen Daten ihrer Nutzer. Hinzu kommen Datenschutzrechtsverletzungen gegenüber Nichtnutzern, auf die Dienste wie *Facebook* mittelbar über die Angaben und Verhaltensweisen ihrer Nutzer oder sog. „Social Plugins“ zugreifen.¹⁰ Somit werden für die Zwecke dieser Arbeit auch Verletzungen des Datenschutzrechts unter „Persönlichkeitsrechtsverletzungen“ gefasst, um ein umfassendes Bild bei entsprechenden Sachverhalten zu geben.

II. „Soziale Medien“

Im Folgenden soll näher bestimmt werden, was im Sinne dieser Arbeit unter dem Begriff „Soziale Medien“ zu verstehen ist und was die zwingenden Mindestanforderungen daran sind (1.). Anschließend sollen darüber hinaus die typischen Charakteristiken dargestellt werden (2.). Dabei wird auch darauf eingegangen, wie und wodurch die Verbreitung von Inhalten in sozialen Medien begünstigt wird (3.).

1. Begriffsbestimmung

Das Phänomen „soziale Medien“ zeichnet sich dadurch aus, dass der Nutzer kommunikativ in die *aktive* Rolle schlüpfen und selbst Inhalte kreieren und verbreiten kann. „Soziale Medien“ ist mithin ein Sammelbegriff für verschie-

⁸ So war z.B. bereits Gegenstand des *Spickmich*-Urteils des BGH die Frage, ob ein Betroffener einer Bewertungsplattform die Löschung der über seine Person gemachten Einträge über das Datenschutzrecht erreichen kann, BGH, Urteil vom 23.06.2009 – VI ZR 196/08, BGHZ 181, 328 = NJW 2009, 2888 – *spickmich.de*. Hess, in: FS Geimer, 2017, S. 255; *Spindler*, GRUR 2013, 996 (997). Unerheblich ist in diesem Zusammenhang die Frage, in welchem Verhältnis Persönlichkeitsschutz und Datenschutz und insbesondere in welchem Verhältnis Art. 7 und 8 GRCh zueinander stehen, siehe dazu *González Fuster/Hijmans*, The EU rights to privacy and personal data protection: 20 years in 10 questions, 14.05.2019, abrufbar unter <https://cris.vub.be/ws/portalfiles/portal/45839230/20190513.Working_Paper_Gonza_lez_Fuster_Hijmans_3_.pdf>; *Kokott/Sobotta*, IDPL 2013, 222.

⁹ Siehe unten S. 308–317.

¹⁰ Dazu *Karg/Fahl*, K&R 2011, 453 (454).

Sachregister

- Abruf, tatsächlicher 171 f.
- Abrufbarkeit 13, 171–175, 232, 248 f., 313–317
 - *siehe auch* Mosaikbetrachtung
 - *siehe auch* Geoblocking
- Adressatenkreis 248 f., 252 f., 313–317
- affiliate links* 59
- AGB 15, 41–49, 73–75, 109, 316, 356
 - Beispiele 42 f., 53 f., 82–85
 - Inhaltskontrolle 113
 - Missbrauchskontrolle 81 f., 101, 127, 134
 - Rechtswahl 81–85, 94–98, 278 f., 293, 380 f.
 - Transparenzkontrolle 81 f., 85
 - Verhaltensvorgaben 14 f., 47 f., 110–118
- Agentur 64
- Airbnb* 6, 12, 75
- Albanien 143, 237, 244 f.
- Alpenhof, siehe Pammer*
- Amazon* 75
 - *siehe auch VKI*
- Anbieten von Waren oder Dienstleistungen 324–328
- Andorra 332
- Anerkennung und Vollstreckung 144, 214, 215 f., 392, 393, 394 f.
- Angehörigengeld 125
- Angemessenheitsbeschluss 332 f.
- Anhörung 115
- Anknüpfung, akzessorische 39, 95–98, 106, 108, 264–292, 362
 - Anwendung 286–291
 - Datenschutzrecht 357 f.
 - Drei-Personen-Verhältnis 270–274, 289–291
 - Günstigkeitsvergleich 280–284, 287
 - Rechtsnatur 267–269
 - Verbrauchervertrag 274–286
 - Verhältnis, tatsächliches 270–274, 289–291
 - Vertragsrecht 92 f.
 - Ziele 265 f.
- Zusammenhang, hinreichender 269 f., 287–291
- Anonymität 1, 24 f., 37, 48, 389
- Ansatz, dynamischer 66–71
- Anspruchskonkurrenz 265 f.
- Arbeitnehmer 52–54, 265, 277–284
- Arbeitsvertrag 362
- Argentinien 332
- Arlewin* 298
- Aufenthalt, gemeinsamer gewöhnlicher 138, 142, 144, 146, 166, **255–261**, 266 f., 289 f., 295, 355
- Auffangtatbestand 166 f., 253 f.
- Auskunftsanspruch 17, 24, 29
- Auslegung, autonome 40–49, 86 f., 89, 99, 104, 108, 115–118, 124–126, 384
- Ausrichten 137, 146, 161, 181, 186, **228–234**, 285, 325–328
 - Verbrauchervertrag 76–78, 98
- Ausweichklausel 18 f., 86, 92 f., 95 f., 146, 158 f., 228, **262–292**, 355, 357
 - Regelbeispiele 267–269
- Authentizität 58 f.
- Bay Wa, siehe Gruber*
- Behandlungsvertrag 271 f., 289
- Behörde 354
- Bekanntheit 169–171, 175, 184, 187, 192
- Beleidigung 23 f.
- Bereichsausnahme 123–136, 148
 - *siehe auch* Haushaltsausnahme
- Berichtigungsanspruch 23, 28 f., 201, 214
- Beruf 57 f.
 - *siehe auch* Arbeitnehmer und Verbrauchervertrag
- Beschäftigtendatenschutz 362
- Beseitigungsanspruch 22 f., 29, 36, 140, 172
 - *siehe auch* Lösungsanspruch
- Beteiligtenverhältnisse 14–17

- Beweislast 33, 35, 67–69, 241
 – *siehe auch* Vermutung, widerlegliche
 Bewertung, negative 6, 12, 93, **107–109**,
 151, 288, 310
 Bewertungsplattformen 13, 191, 309, 310,
 313, 379
 – *siehe auch* *spickmich.de*
BibisBeautyPalace 59, 64
 Bild, Recht am eigenen 9, 20, 139, 176
 Bildbearbeitung 62 f.
 Bindung, rechtliche 45–49
 Binnenmarkt, digitaler 213–215, 345, 378,
 388 f.
Blog-Eintrag 193
Bolagsupplysningen 5, 150, 177–179,
 182 f., 185, 199, 201, 214, 224, 242,
 298, 375
Booking.com, *siehe Wikingerhof*
 Brasilien 206, 332
Brogstter 100–102
 Bulgarien 143, 237, 244 f.
 Bundeskartellamt 44, 112

California Consumer Privacy Act 331
chilling effect 19, 162, 173
Cloud Computing 89 f.
CNIL **201–218**, 342 f., 183, 349, 351 f.,
 353 f., 371 f.
comitas, *siehe* Völkerrecht
Communications Decency Act 37, 216
content, user-generated 11 f., 47, 311
 Cookies 30
Corman-Collins 90
cyber law 79

 Dänemark 122, 160, 362
 Daten
 – als Entgelt 43–45, 86, 90 f.
 – personenbezogene 308–310
 Datenschutzrecht 9 f., 130–135, 203, 212,
307–377, 381
 – ergänzendes mitgliedstaatliches 358–
 369
 – Kollisionsnorm, subsidiäre 351–356
 – materielles Recht 27–32
 – Rechtsnatur 333 f., 350 f.
 – Rom II-VO 130–135, 353–356, 368 f.
 Datenschutzrichtlinie 131–134, 317–320
 – Anwendbarkeit, territoriale 318–320
 Datenübermittlung in Drittland 332 f.
 Datenübertragbarkeit 29
 Datenverarbeiter 308
 Datenverarbeitung 10, 28, 310 f.
 – Rechtmäßigkeit 28, 356
 Dauerschuldverhältnis 65–71, 88, 326
defamation 35, 124, 127, 143, 215
 Deliktsrecht 122–306, 350 f.
 – Regelungssystem 122–147
 – Umfang 139
 Deutscher Rat für IPR 238, 261, 391 f.
 Dienste der Informationsgesellschaft 381–
 383
 Dienstleistungsvertrag 87–91
 – Entgeltlichkeit 90 f.
Digital Services Act 26, 37, 201 f., 203,
 205, 206, 389
 Divergenz 3 f., 33, 191 f., 299
 Drittlandübermittlung 332 f.
 Drittwirkung, mittelbare 112
 Druckort 154
 DSGVO
 – *siehe auch* Datenschutzrecht
 – Ansprüche 28 f.
 – Anwendbarkeit, zeitliche 326
 – Anwendungsbereich, räumlicher 212 f.,
 317–320, 320–349
 – Anwendungsbereich, sachlicher 30 f.,
 308–317
 – Anwendungsvorrang 335–338
 – Bedeutung 213, 330 f.
 – Bereichsausnahme, *siehe* Haushaltsaus-
 nahme
 – Binnenkollisionsnorm 358–369
 – Reformbedarf 317, 348, 361
 – Reformmöglichkeiten 370–373
dual-use 50, 55–76
 Durchschnittsnutzung 55

Ebay 6, 12, 15, 24, 55, 75, 90, 94, 98, 109
 eCommerce-Richtlinie 4, 37, 179 f., 186,
 202–204, **378–389**
eDate 150, 176–177, 378 f.
 – Folgeentscheidung 190
 EGBGB
 – Anknüpfungssystem 142
 EGMR, *siehe* EMRK
 Eigentum, geistiges, *siehe* Immaterialgüter-
 recht

- Eigenwerbung 60–62, 64
 Eingriffsnorm 297, 337–341, 376
 Einheitsrecht 336 f.,
 Einschränkungsanspruch 29
 Einwilligung 28, 43, 356, 362–364
 Einzelfallbetrachtung 183, 191–193,
 211 f., 232–243, 248–254, 384 f., 388
 E-Mail-Adresse 79
 Empfängerkreis, *siehe* Adressatenkreis
Emrek 78, 328
 EMRK 31, 34, 36 f., 166, 214, 298
 England 33, 35, 140, 143 f., 215, 300
 Entgeltlichkeit 62–64 f., 88, 90 f., 383 f.
 Entscheidungseinklang, internationa-
 ler 302 f.
 Entschuldigung 36, 394 f.
 ePrivacy-RL 27
Equustek 216 f., 344
 Erfinderpersönlichkeitsrecht 127 f.
 Erfolgsort 4, 167–244, 247–254
 – Anzahl 192 f., 236
 – Begrenzung 173–175, 194–244
 – Begriff 169–173
 – Datenschutzrecht 353–356
 – Existenz 152 f., 168 f., 353
 – Schwerpunktbehandlung 218–243
 Erfüllungsort 119
 Ergebniskontrolle, *siehe* *ordre public*
 Erkennbarkeit 51, 70
 Ermessen 34 f., 273, 279–281, 375
 Ernsthaftigkeit 63
 Erscheinungsort 153 f.
 EuInsVO 224
 Europarat 331 f.
 Existenzgründer 59

Facebook Germany GmbH 76, 320, 322 f.
Facebook 5, 11, 13 f., 29 f., 42–45, 77 f.,
 82 f., 313, 322 f., 329, 380 f.
 – *siehe auch* *Schrems, Maximilian*
 – Faktencheck 105
 – *Marketplace* 326
 – Marktmacht 112, 114 f.
 – *Oversight Board* 14
 – Schattenprofile 329
 – Seite 29 f., 65, 73, 92 f., 329 f., 382,
 383
 Färöer-Inseln 332

Fashion ID GmbH & Co. KG 30, 327,
 329 f.
 Feststellungsklage, negative 305
 Finanzierungsgeschäfte 67
 Follower 58 f., 62, 64
forum shopping 198, 346
 Fotobearbeitung, *siehe* Bildbearbeitung
 Frankreich 140, 360, 362
Freedom of Speech 344
 Freiwilligkeit 41
 Freunde 13, 74, 313–317

 Gefälligkeit 45
 „Gefällt mir“ 25, 30, 329
 Gegendarstellungsanspruch 126, 137
 Genugtuung 23, 36
 Geoblocking 3, 13, 168, 172 f., 182 f.,
194–218, 228, 231, 240, 247–249, 254,
 342–348,
 GeoblockingVO 77
 Gerichtsstandsvereinbarung 14, 119, 297 f.
 Geschäftsfähigkeit 363 f.
 Geschäftsgeheimnis 127
 Geschäftsmäßigkeit 383 f.
 Gestaltungsspielraum, vertraglicher 116
 Gewinnerzielungsabsicht 11, 383
Glawischnig-Piesczek 26, 179 f., 183,
 201–204, 208–211
 Gleichlauf 136, 214, 246, 300–305, 363
Google 372
Google LLC 216
 – *siehe auch* *CNIL*
Google Spain 185, 318 f.
 Grenzen, *siehe* *ordre public und Herkunfts-*
landprinzip
Gruber 51 f., 56, 63, 69
 Grundanknüpfung, deliktische 147–255,
 353–356
 Grundprinzipien, kollisionsrechtliche 17–
 20
 Grundrechte 2, 18 f., 217
 – *siehe auch* *ordre public*
 Grundrechte-Charta 10, 31, 132, 169, 338,
 344
 Gruppenvergleich 79
Gtfflix 181–182
 Guernsey 332
 Günstigkeitsvergleich 79–81, 85, 95, 275,
 280–284, 287, 342, 358

- Haftungsprivilegierung 26, 37, 203
- Handlungsort **149–167**, 247 f., 253 f., 388, 391 f.
- Hassrede 37, 110
- Hauptniederlassung 150, 153 f., 160, 224, 360, 364–368, 392
- Haushaltsausnahme 311–317, 329
- Hausrecht, virtuelles 113
- Herkunftslandprinzip 4, 166, 378–389, 400 f.
- Anwendungsbereich 380–384
 - Ausnahmetatbestände 384 f., 389
 - Bewertung 388 f.
 - Interessenabwägung 384 f.
 - Kritik 385–388
 - Menschenwürde 384 f.
 - Rechtsnatur 378 f.
 - sachrechtliches Beschränkungsverbot 378 f.
- Hochladen 155–159
- Holocaust, *siehe* Vernichtungslager
- Hostprovider 26, 190, 297 f.
- Immaterialgüterrecht 127 f., 257–260, 295–297
- Indien 332
- Individualkommunikation 381
- Influencer 58–65, 312
- Influencer, angemaßter 59
- Informationsfreiheit 6, 29, 31, 260 f., 343–348
- *siehe auch* Medienprivileg
 - *siehe auch* Reichweite, räumlich
- Inhaltskontrolle 113
- injunction* 36
- Inlandsbezug, hinreichender 390–391, 393, 396
- Inlandsbezug, objektiver, *siehe* Interessenkollision
- Inlandsfall 79
- Instagram* 11, 42, 55
- Institut de Droit International* 144 f., 301, 304
- Interessenkollision 187–193, 232–237, 252 f.
- Indizien 234
- Interessenmittelpunkt 177–185, 219–228
- Bestimmung 183–185, 223–225
 - Unternehmen 177–179, 183–185, 224–228, 242, 253 f.
 - Begründung 185, 220–222
- International Law Association* 145 f., 301
- Interview 288
- Intimsphäre 22
- IPR
- Relevanz 1 f., 32, 147
 - Ziele 2, 17–20
- Irland 83 f., 160
- Isle of Man 332
- Israel 332
- Italien 140, 143 f., 206
- Japan 143 f., 237, 332
- Jersey 332
- Journalismus 31 f.
- *siehe auch* Medienprivileg
- Kanada 206, 216 f., 332
- Karriereplattform, *siehe* *LinkedIn* und *Xing*
- Kartellrecht 117, 295–297, 357–261
- Kausalität 78, 328, 356
- Kenntnisnahme 9, 153, 171–173, 186, 194 f., 242
- Kennzeichnungspflicht 60 f.
- Kernfrage 102 f.
- Klageerhebung 66, 68–70
- Klausel, missbräuchliche 81 f., 127, 134
- Klauselrichtlinie 81 f.
- Kohärenz 212 f., 271
- Kollektivinteressen 260 f., 264, 296
- Kollisionsnorm
- einseitige 333–335, 351 f.
 - gespaltene 388
- Kombinationslehre 89
- Kontensperrung, *siehe* Wiederherstellungsanspruch
- Kontrahierungszwang 118
- Kontrollort 159
- Konvention Nr. 108, *siehe* *Europarat*
- Koordination 4 f., 212 f., 300, 355, 401 f.
- *siehe auch* Anknüpfung, akzessorische koordinierter Bereich 380
- Kosten, *siehe* Rechtsverfolgungskosten
- Kunsthfreiheit 21, 31, 391
- Landesmediengesetze 31, 367
- Lauterkeitsrecht, *siehe* Wettbewerbsrecht

- law shopping* 198, 208
Lazar 125
 Leistung, charakteristische 86
 Leistungsbestimmungsrecht 43
 Leistungspflichten 41–45
lex causae 81, 151
lex domicilii communis, *siehe* Aufenthalt, gemeinsamer gewöhnlicher
lex fori 143, 145 f., 256, 300–305, 391, 393, 395
lex loci delicti commissi, *siehe* Tatortregel
libel tourism 215, 303
Lindqvist 312–317
LinkedIn 11, 42, 51, 54 f., 84, 312
Lisa and Lena 64
 Lizenzvertrag 289
 Löschung, weltweite, *siehe* Mosaikbetrachtung
 Lösungsanspruch 10, 23, 28 f., 179, 307
 – *siehe auch* Beseitigungsanspruch
 Lugano Übereinkommen 119

 Manipulationsgefahr 71, 163, 172, 239, 304, 392
 – *siehe auch* Missbrauchsgefahr
 Marktmacht 112, 114, 117
 Marktortprinzip 212 f., 323–332, 335, 373
Martinez, *siehe eDate*
 Medien, soziale 1–7
 – Begriff 10–13
 – Benutzerkonten 73–76
 – Eigenschaften 12
 – Formen 11 f.
 – Funktionen 10–12, 53
 – Kontrollierbarkeit 1, 12 f., 154–156, 207 f., 347
 – Telemedien 381
 – Unternehmenskonto 73–76
 – Verpflichtungen 41–45
 Medienprivileg (Art. 85 DSGVO) 31 f., 392, 366–369, 392
 Medienstaatsvertrag 31, 367, 381
 Meinungsfreiheit 2, 18 f., 29, 34, 37, 110–113, 162, 173, 197 f., 226, 246 f., 387, 391, 393
 – *siehe auch* Medienprivileg
 Meinungsfreiheit, negative 36, 395
 Menschenwürde 21–23, 384 f., 401
Merkel, Angela 5, 170

 Metadaten 309
 Minderjährigenschutz 362–364
 Mindestharmonisierung 27, 166, 203, 386
Mines de potasse d'Alsace 149
 Missbrauchsgefahr 67 f., 71, 74–76, 157 f., 198
 – *siehe auch* Manipulationsgefahr
Mittelbayerischer Verlag 180 f., 227
 Mobbing 16, 289 f.
 Mobilität 78, 158 f., 231 f., 254, 326
Modamani, Anas 5, 170
 Modellgesetze 144–146, 301
 Montenegro 143, 237, 244 f.
 Mosaikbetrachtung 145, 175–183, **194–218**, 247, 258–261, 264, 296 f., 353 f., 365, 367, 371
 – *siehe auch* Shevill
 – Berechnungsprobleme 196
 – Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch 200–218
Moskau, Sieben Tage in 151, 189, 192 f., 226 f., 236, 250 f.
multiple publication rule 144
my-hammer.de 51

 Nachbar 78
 Name 9, 20, 125, 141
 Netzwerkdurchsetzungsgesetz 11, 24, 110 f.
 Neuseeland 332
New York Times 187 f.
Newsfeed 13
 Nichtnutzer 10, 327–329
 Niederlande 360
 Niederlassungsprinzip 321–333, 371–373
notice and take down 26, 37
 Nutzungsbedingungen, *siehe* AGB und Verhaltensregeln
 Nutzungsregeln, *siehe* AGB und Verhaltensregeln

 Öffnungsklausel 31, 341, 358–369
 – Zwecke 361–369
 Optionsrecht, *siehe* Wahlrecht
ordre public 18, 136, 173, 297, 303, 305, **390–396**
 – Bedeutung 393
 – Leitlinien 395 f.
 – Rechtsquellen 391 f.

- spezieller Vorbehalt 391 f., 396
- Österreich 360, 362
- Overblocking* 110
- Pammer* 77, 285, 325
- Parallelveröffentlichung 386 f.
- *siehe auch* Technologieneutralität
- Parteiautonomie, *siehe* Rechtswahl
- Person, juristische, *siehe* Unternehmenspersönlichkeitsrecht
- Personalstatut 140–143, 222, 363 f.
- Persönlichkeitsrecht
 - Bestandteile, vermögenswerte 21, 128
 - postmortales 21, 139, 289
- Persönlichkeitsrechtsverletzung
 - Begriff 8–10, 123–126
 - deutsches Recht 20–27
 - materielles Recht 20–38
 - Personen 8 f.
- Pinterest* 13, 73, 84
- Plattformfälle 2, 15–17, 290 f.
- Plattformvertrag 39–93, 289–291
 - Anknüpfung, akzessorische 286–288
 - Dauerschuldverhältnis, *siehe* Dauerschuldverhältnis
 - Merkmale 41
 - Rechtswahl 78–85, 287
 - Verpflichtungen 41–45
- Poker 63
- Polen 36, 180, 394 f.
- Portugal 140, 143
- Presse 3, 5 f., 31, 125 f., 129 f., 133, 162 f., 175 f., 182, 194, 242, 251, 386 f.
- Pressefreiheit 2, 31, 162
- Pressegesetze 31
- Primärrecht 87, 133, 385
- privacy by default* 313, 316
- Privacy Shield* 333
- Privatsphäre 22
- Produkthaftung 239 f.
- profil* 150 f., 186 f.
- Providerhaftung 17, 26, 37
- Proxy-Server 13
- Prüfpflicht 26
- Pseudonym 16, 47–49, 290
- public figure* 35
- Qualifikation 40, **98–118**, 123, 140–142, 265, 350 f., 360
- race to the bottom* 344 f.
- Rahmenrecht 21
- Rahmenvertrag 94
 - „Recht der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt“ 364–369
- Rechtsbereiche 9 f.
- Rechtsbindungswille 45–49
- Rechtsquellen 122–147
- Rechtsschutz
 - effektiver 388 f.
 - einseitiger 373, 389
- Rechtsverfolgungskosten 71, 162, 164, 222
- Rechtsvergleichung 32–37, 143 f., 393
- Rechtswahl 94–98, 275–287, 339–342, 355, 358, 380 f.
 - AGB 278 f., *siehe auch* VKI
 - Datenschutzrecht 339–342
 - Deliktsrecht 292–297
 - einseitige 70, 163, 387, *siehe auch* Wahlrecht
 - mittelbare 274–285, 293 f.
 - nachträgliche 293
 - stillschweigende 95–97
 - überschießende 341 f.
 - Vertragsrecht 78–85
- Reformvorschlag 135–138, 247–254, 370–373, 391 f.
- Regeln, internationale 180, 203 f., 208 f.
- Registrierung 13 f., 41, 43, 46–49, 73
- Registrierungsdaten 310
- Reichweite 12, 58 f., 64 f., 311–317
 - räumliche 4, 179 f., 201–218, 342–348, 353 f., *siehe auch* Geoblocking
- Religionsfreiheit 391
- Reputation, virtuelle 290 f.
- Richtlinie über digitale Inhalte und digitale Dienstleistungen 44
- Rom I-VO
 - *siehe auch* Vertragsrecht
 - Anwendungsbereich 40–49, 98–107, 115–118
 - Gesetzgebungsgeschichte 336 f.
- Rom II-VO
 - *siehe auch* Deliktsrecht
 - Anwendungsbereich 98–107, 115–118, 123–135
 - Bereichsausnahme 123–136, 148

- Gesetzgebungsgeschichte 129 f., 133 f., 162 f., 284
- Reformvorschlag 135–138, 391 f.
- Regelungssystem 138 f., 142, 165 f., 245 f., 257–261, 294–297
- Studie 136 f.
- Überprüfungs Klausel 131 f.
- RStV 60
- Rumänien 143, 237, 245
- Rundfunk 3, 31, 381, 391

- Sachlichkeitsgebot 109
- Sachrechtsvergleich 378 f.
 - *siehe auch* Günstigkeitsvergleich
- Safe-Harbor*-Abkommen 332 f.
- Satzungssitz 224
- Schadensersatzanspruch 10, 23 f., 28 f., 36 f., 181 f., 196, 199, 356–358
- Schadensort 226 f.
- Schattenprofile 329
- Schmähekritik 22, 396
- Schranken, *siehe ordre public und Herkunftslandprinzip*
- Schrems, Maximilian* 54 f., 65–76, 92, 307, 332 f.
- Schuldrecht, ergänzendes internationales 356–358
- Schumacher, Michael* 242, 251
- Schutzbedürftigkeit 5, 54 f., 69, 74, 178, 185, 196, 221, 227, 247, 279 f.
- Schutzbereich 9, 22, 396
- Schutzpflichtverletzungen 27, 29, 39, 80 f., 98 f., 107–118, 269
- Schweden 160, 362
- Schweiz 36, 143, 332
- Schwerpunktbetrachtung 56, 90, 354–356
- Selbstdarstellung 12, 57–59, 61 f., 65, 75, 77, 315
- Selbstöffnung 22
- Serverstandort 79, 151, 154 f., 160
- Shevill* 124, 149 f., 175 f., 182 f., 194
- Sicherheit, öffentliche 366
- Sieben Tage in Moskau*, *siehe* Moskau
- Singapur 160
- Snowden, Edward* 333
- Sonderbeziehung, familienrechtliche 288
- Sozialsphäre 22
- Spanien 143, 302
- Spanier*-Entscheidung 18, 390

- SPEECH Act* 215
- Sphären 22
- spickmich.de* 10, 32, 382
- Spital 271, 289–291
- Sprachen 12 f., 98, 191, 226, 232, 248
- Staatsoberhaupt, türkisches 251
- Stadionverbot* 112
- Strafschadensersatz 36, 196, 199
- Straftat 21, 23, 24, 33, 385
- Streitbeilegungsverfahren, alternativen 137, 299
- Suchmaschine 77, 190 f.
- Südkorea 332
- Syrien 5, 170

- Taggen, *siehe* Medien, soziale
- Tatortregel 4, 143, 147–255, 297–300
- Tatsachenbehauptung 21, 28 f., 33, 35 f.
- Täuschung 62 f.
- Technologieneutralität 144 f., 229, 254, 310, 386 f.
- Teilbarkeit 200–218
- Teilen, *siehe* Medien, soziale
- Telegram* 11
- Telemedien 4, 25, 31, 381–384
- Territorialitätsprinzip 258–261, 296 f.
- TikTok* 11
- Timeline*, *siehe* Newsfeed
- Top-Level-Domain 98, 342, 345
- Tracking 330
- Trauerschmerzensgeld 125
- Türkei 143, 237, 245
- Twitter* 11, 42, 73, 75, 83, 251 f.

- Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten 331 f.
- Übersetzung 12 f., 232, 248
 - *siehe auch* Sprache
- Übertragbarkeit 254
- Ubiquitätsprinzip 139, 142 f., 147, 175, 186, 246, 259, 298
- ULD Schleswig-Holstein* 30, 320, 366
- Umweltdelikt 245, 257–261
- Umwidmung 69
- Ungleichbehandlung 67, 387
- Unionsfall 79

- Unterlassungsansprüche 22, 29, 36 f., 127, 140, 160 f., 172, 177 f., 182, 194, 200 f., 206–208
 Unternehmenskonto 64, 73–76
 Unternehmenspersönlichkeitsrecht 8 f., 17, 21, 128–130, 177–179, 183–185, 224–228, 242, 253 f., 309
 Untersuchungsgegenstand 8–17
 Upload, *siehe* Hochladen
 Urheberpersönlichkeitsrecht 20 f., 127 f.
 Uruguay 332
 UWG 60–64, 105, 127

 Verallseitigung 351 f.
 Veranlassung 249–252
 Verantwortlicher 29–31
 Verarbeitung, Daten 10, 28, 310 f.
 Verbraucher, aktiver 285
 Verbraucherrecht-Richtlinie 56
 Verbrauchervertrag 49–78, 105 f., 380 f.
 – Anknüpfung, akzessorische 274–286
 – Rechtswahl 287, *siehe auch* VKI
 – Zuständigkeit, internationale 65–72, 119
 – Zweckwandel 65–71
Verbraucherzentrale NRW e.V., *siehe Fashion ID GmbH & Co. KG*
 Verbreitung 228–232
 – bestimmungsgemäße 152, 168, 175 f., 186
 – gezielte 107
 Vereinigtes Königreich 32, 137 f., 332
 Verfahren, Recht auf ein faires 298
 Verfassung 20–23, 110–118, 121, 165, 173, 260, 302 f., 305
 – *siehe auch ordre public*
 Vergessen werden, Recht auf 318, 342 f.
 – *siehe auch* Lösungsanspruch
 Vergleichsportal 48
 Verhaltensbeobachtung 328–330
 Verhaltensregeln 14 f., 47 f., 110–118
 Verhaltenssteuerung 245
 Verhältnis, tatsächliches 270–274
 Verhältnismäßigkeit 34, 67 f., 366, 395
 Verjährung 356
 Vermittlungsplattform 6, 39, 48, 75, 93, 95, 107 f., 288
 Vermutung, widerlegliche 22, 28, 61, 75 f., 80, 146, 156 f., 161, 237, 241 f.
 Vernichtungslager 180, 394 f.
 Veröffentlichungsort 156–159
 Verpflichtungen, vertragliche 41–45, 102–105, 350 f.
 Versand 98
 Verschulden 23, 28, 33, 35
 Versteigerungsplattform 93–95
 – *siehe auch Ebay*
 Vertrag
 – Begriff 40–49, 99–107
 – typengemischter 88
 typengemischter 88
 Vertragsänderung, stillschweigende 67
 Vertragsrecht 39–121
 – *siehe auch* Anknüpfung, akzessorische
 Vertragsschluss 66, 69–71
 Vertrauen, gegenseitiges 214 f.
 Vertrauensschutz 70
 Vertraulichkeit des Kommunikationspartners 136
 Vertriebsort 195
 Verwertungsrechte 45, 86, 315 f.
 VKI 81–85, 127, 134, 276, 282, 285, 319, 358
 Völkerrecht 204, 208–211, 331 f., 348
 Vollstreckung 162, 215 f.
 – *siehe auch* Anerkennung
 Vorbereitungshandlungen 151 f., 157
 Vorfrage 39, 103, 140 f., 335 f., 339, 356–358
 Vorhersehbarkeitsvorbehalt 143, 146, 237–243
 Vorverhalten 249–252, 290
 VPN-Client 13

 Wahlrecht 244–247, 252 f., 258 f., 261, 302, 305
Weltimmo 319, 321
 Werbung 43, 59–61, 91, 326 f., 381, 382, 384
 Werte, *siehe ordre public*
 Wettbewerbsrecht 60 f., 64, 126–128, 257–261, 263, 295–297
Whatsapp 11
 Widerruf, Anspruch auf 23
 Widerspruch, Recht auf 29
 Wiederherstellungsanspruch 27, 108, 110–118, 288
Wikingerhof 101–107, 116–118, 350

- Willkürverbot 114
- Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein,
 siehe ULD Schleswig-Holstein
- Wissenschaftsfreiheit 31
– *siehe auch* Medienprivileg
- Xing 11, 53 f., 383
- YouTube 1, 11 f., 59, 84, 110, 310 f.
- ZDF 31, 394 f.
- Zeitung, *siehe* Presse
- Ziele, kollisionsrechtliche 17–20
- Zu-Eigen-Machen 25
- Zufälligkeiten 158 f., 172
- Zugänglichkeit 311–317
– *siehe auch* Abrufbarkeit
- Zurechnung 25, 356
- Zuständigkeit, internationale 119 f., 214,
 297–305, 373–375
- Zuständigkeit, örtliche 119
- Zweckwandel 65–71